

11.01.2018

Kleine Anfrage 703

des Abgeordneten Frank Sundermann SPD

Ruhrgebietskonferenz: Ignoriert die Landesregierung den Strukturwandel in der Kohleregion Ibbenbüren?

Nach dem schleichenden Ende des Kohlebergbaus hat Nordrhein-Westfalen als wirtschaftsstärkstes und in seiner Struktur vielfältiges Land mit dem Strukturwandel große Herausforderungen zu stemmen. Dabei bedarf es langfristiger Anstrengungen, um in den betroffenen Regionen neue, zukunftsfähige Potenziale zu entwickeln und zu entfalten.

Vor kurzem sprach Landesminister Stephan Holthoff-Pförtner über die von der Mitte-Rechts-Landesregierung angestrebte Ruhrgebietskonferenz, die ein Leitbild für den Strukturwandel des Ruhrgebiets bis zum Jahr 2030 entwerfen solle. Die Ruhrgebietskonferenz sei dabei nicht als einmalige Großveranstaltung gedacht, sondern als fortlaufender Prozess mit Arbeitskreisen zu den Themen Energie, Verkehr, Bildung, Gesundheit, Kultur, Digitalisierung und Integration. So sollen in den Arbeitskreisen die Landesminister, Vertreter der Kommunen, Unternehmer, Wissenschaftler und Kulturschaffende teilnehmen. Der Start dafür werde bereits 2018 erfolgen; 2019 soll sich der Prozess dann voll entfalten.

Leider bleibt in diesen Ankündigungen das Kohlerevier Ibbenbüren im Kreis Steinfurt unberücksichtigt. Dies lässt befürchten, dass sich die Landesregierung auf die Herausforderungen im Ruhrgebiet beschränkt und dabei andere Landesteile ignoriert.

Tatsächlich steht das Kohlerevier Ibbenbüren vor denselben Herausforderungen wie das Ruhrgebiet. Der Steinkohlebergbau hat die Region geprägt und die Kommunen Ibbenbüren, Mettingen, Recke, Hörstel, Westerkappeln und Hopsten zu einer Kohlegemeinschaft zusammenwachsen lassen. Doch am 31. Dezember 2018 ist Stichtag, wenn die letzten beiden Schachtanlagen Oeynhausens sowie Am Nordschacht schließen und die Steinkohleförderung in der Region ausläuft. Zwar wird der Rückzug aus der Grube einige Jahre dauern, so dass die Standorte der RAG Anthrazit Ibbenbüren GmbH nicht sofort wegfallen, doch müssen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft den laufenden Strukturwandel gestalten, um das entstehende Vakuum der einstigen Kohleförderung zu füllen. Hierbei geht es vor allem um die künftige Nutzung der Areale und alternative Gewerbeflächen.

Datum des Originals: 09.01.2018/Ausgegeben: 12.01.2018

Mittels der sogenannten „Kohlekonversion“ soll dieser Prozess gelingen. Unter Mitwirkung der Bürgermeister der sechs Kohlekommunen im Kreis Steinfurt, Vertretern der Bezirksregierungen Arnsberg und Münster, des Landkreises, des Landeswirtschaftsministeriums und der RAG soll die „Schnittstelle Kohlekonversion“ in Form eines „Masterplan“ dem Strukturwandel in der Region Ibbenbüren begegnet werden. Der gesamte Prozess setzt dabei auf eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und geschieht unter Einbezug sachverständiger Immobilien- und Planungsbüros.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Warum wird die Kohleregion Ibbenbüren in der von der Landesregierung geplanten und angekündigten Ruhrgebietskonferenz nicht berücksichtigt?
2. Weshalb beschränkt sich die von der Landesregierung geplante und angekündigte Ruhrgebietskonferenz nur auf die Ruhrregion, obwohl die Herausforderungen in der Kohleregion Ibbenbüren ähnlich sind?
3. Besteht seitens der Landesregierung die Überlegung, die Kohleregion Ibbenbüren nachträglich noch in den Prozess einzubeziehen bzw. wird seitens der Landesregierung überlegt, einen separaten Prozess für die Kohleregion Ibbenbüren anzustoßen?
4. Welche Landesmittel sollen im Rahmen des angekündigten und geplanten Prozesses für das Ruhrgebiet eingesetzt werden?
5. Welche Mittel sollen zur Begleitung und Unterstützung des Strukturwandels in der Region Ibbenbüren aufgewendet werden?

Frank Sundermann